

Bundesrat

Drucksache 137/85

25. 03. 85

Fz

Unterrichtung

durch den Bundesminister der Finanzen

Haushaltsführung 1984

**Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im 4. Vierteljahr
des Haushaltsjahres 1984**

Der Bundesminister der Finanzen
— II A 2 — H 1221 — 4/84 —

Bonn, den 21. März 1985

An den
Präsidenten des Bundesrates

Gemäß § 37 Abs. 4 BHO übersende ich die Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im vierten Vierteljahr des Haushaltsjahres 1984.

In Vertretung
Dr. Voss

Haushaltsführung 1984

Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im 4. Vierteljahr des Haushaltsjahres 1984

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

Einzelplan 01 — Bundespräsident und Bundespräsidialamt

01 03	6 000	5 276	Vermischte Verwaltungsausgaben
539 99			Schadenersatzleistungen aus Anlaß eines Verkehrsunfalls.

Einzelplan 04 — Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

04 01	3 000 000	11 505	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume
517 01			Mehrbedarf wegen Strompreiserhöhungen.

Einzelplan 05 — Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

05 02	52 000 000	3 952 883	Für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland außerhalb der Entwicklungshilfe
686 12			Soforthilfsmaßnahmen auf Grund des Versorgungsnotstandes in Äthiopien.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
noch Einzelplan 05 — Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes			
05 02 686 29	700 000	186 830	Kosten von Folgekonferenzen auf Grund der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) Zusätzlicher Beitragsanteil der Bundesrepublik Deutschland an den Kosten der Konferenzen in Stockholm und Athen. Die Mehrausgabe beruht auf rechtlicher Verpflichtung.
05 03 811 01	500 000	94 424	Erwerb von Dienstfahrzeugen im Inland Notwendige Ersatzbeschaffung von vier Dienstfahrzeugen für die Auslandsvertretungen in Brazzaville, Kaduna, Prag und Saloniki.
05 11 526 01	3 000	9 000	Gerichts- und ähnliche Kosten Kosten eines Rechtsanwalts zur Vertretung des Deutschen Archäologischen Instituts, Abt. Rom, in einem Prozeß wegen Lohnnachzahlungsforderungen von Ortskräften.

Einzelplan 06 — Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

06 01 526 01	40 000	4 378	Gerichts- und ähnliche Kosten Vom Bundesministerium des Innern zu zahlende Gerichtskosten, insbesondere aus Anlaß von Verfassungstreitigkeiten.
06 02 686 21	940 000	50 000	Einrichtungen für deutsche Künstler in Rom, Florenz und Paris Erhöhte Ausgaben für die Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume infolge der Preissteigerungen in Italien sowie für dringend notwendige Instandsetzungsarbeiten an der Villa Massimo in Rom.
06 02 686 22	501 000	3 800	Förderung des Studienzentrums Venedig Erhöhte Ausgaben für die Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume infolge von Preissteigerungen in Italien.
06 10 526 02	450 000	77 966	Kosten für Sachverständige Verstärkte Inanspruchnahme von Dolmetschern und Übersetzern in nicht gängigen Sprachen durch das Bundeskriminalamt zur Abwicklung laufender Ermittlungsverfahren wegen Rauschgift-, Falschgeld- und Waffenkriminalität.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

noch Einzelplan 06 — Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

06 15 526 01	18 000	1 798	Gerichts- und ähnliche Kosten Vom Bundesverwaltungsamt zu zahlende Prozeßkosten in Verwaltungs- und Arbeitsgerichtsverfahren.
06 25 526 01	25 000	5 905	Gerichts- und ähnliche Kosten Prozeßkosten, die dem Bundesgrenzschutz im Zusammenhang mit einer Schadenersatzklage entstanden sind.
06 25 816 05	2 160 000	1 605 815	Erwerb von Luftfahrzeugen im Ausland Vermehrte Ersatzteilbeschaffungen, um die für die Wiederherstellung der Flugsicherheit der BGS-Hubschrauber notwendigen Einbauten durchführen zu können, und Auswirkungen der gestiegenen Devisenkurse und Materialpreise.
06 25 525 71	1 170 000	2 191 936	Allgemeine Kosten (Titelgr. 06 Berufsförderung und Bildungsmaßnahmen auf Grund des Gesetzes über die Personalstruktur des Bundesgrenzschutzes) Die Zahl der Polizeivollzugsbeamten im BGS, die im Jahre 1984 eine Berufsförderung in Anspruch genommen haben, ist entgegen den Erwartungen bei Haushaltsaufstellung gestiegen. Außerdem haben sich die Durchschnittskosten für jeden Auszubildenden erhöht.
06 33 526 01	1 000 000	699 982	Gerichts- und ähnliche Kosten Prozeßkosten zu Lasten des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge im Zusammenhang mit anhängigen Gerichtsverfahren in Asylangelegenheiten.
06 40 671 04	148 000 000	42 472 346	Kosten der Rückführung von Deutschen Mehr wegen höherer Aussiedlerzahl.
06 40 681 05	8 200 000	1 846 715	Einmalige Unterstützung für die im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) aus ausländischem Gewahrsam eintreffenden Gefangenen, für die eintreffenden Aussiedler und ihnen gleichgestellte Personen und für die aus der DDR und Berlin (Ost) eintreffenden Deutschen, die die Notaufnahme erhalten haben Die Mehrausgabe beruht auf der unerwarteten Zunahme an Zuwanderern aus der DDR und Berlin (Ost).

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

noch Einzelplan 06 — Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

06 41 511 01	80 000	16 863	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften Auf Grund des starken Zustroms an Übersiedlern aus der DDR sind den Dienststellen des Bundesnotaufnahmeverfahrens erhöhte Kosten wegen des gestiegenen Bedarfs an Vordrucken entstanden.
06 41 513 01	85 000	30 538	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren Den Dienststellen des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Berlin und Gießen und des Bundesbeauftragten der Bundesregierung für die Verteilung im Grenzdurchgangslager Friedland sind wegen des starken Zustroms an Übersiedlern aus der DDR höhere Aufwendungen an Porto- und Telefongebühren entstanden.

Einzelplan 07 — Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

07 01 526 01	20 000	3 669	Gerichts- und ähnliche Kosten Kosten eines Prozeßbevollmächtigten des Präsidenten des Deutschen Patentamtes in einem Rechtsbeschwerdeverfahren vor dem Bundesgerichtshof.
07 04 513 01	1 625 000	49 185	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren Erhöhte Ausgaben für Porto wegen Zunahme der Auskunftsersuchen an das Bundeszentralregister.
07 09 519 01	1 000	3 360	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Notwendige Renovierungskosten auf Grund mietvertraglicher Verpflichtung in den vom Obersten Rückerstattungsgericht durch Umzug nach München freigemachten Mieträumen.
07 09 539 99	1 000	7 673	Vermischte Verwaltungsausgaben Notwendige Umzugsausgaben infolge Sitzverlegung des Obersten Rückerstattungsgerichts nach München.
07 10 526 04	120 000	9 038	Auslagen in patentamtlichen Verfahren Die Mehrausgabe ist insbesondere durch die Bewilligung von Verfahrenskostenhilfe und die Bekanntmachung von Geschmacksmustern auf Grund der Vorschriften des Patentgesetzes und des Geschmacksmustergesetzes entstanden.
07 11 526 04	90 000	13 151	Auslagen in Rechtssachen Durch Zahl und Dauer von Disziplinarverfahren und Verfahren gegen Zivildienstleistende bedingter Mehraufwand an Verteidigergebühren.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

Einzelplan 08 — Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

08 04 871 03	9 200 000	3 574	Entschädigung für Herstellung, Verwaltung und Verkauf der Wechselsteuermarken Höhere Entschädigung an die Deutsche Bundespost wegen gestiegenen Verkaufs von Wechselsteuermarken.
08 08 526 01	10 000	163 338	Gerichts- und ähnliche Kosten Vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen zu tragende Prozeßkosten aus Anlaß von Verwaltungsstreitsachen.

Einzelplan 09 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

09 02 685 42	4 374 000	355 000	Zuwendung an das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München Anteilige Kosten des Bundes für den kurzfristig vorzunehmenden Ankauf eines Hauses auf einem Nachbargrundstück zur Sicherung des zusätzlichen Raumbedarfs des Instituts.
09 02 apl. 697 12	—	1 435 945	Verpflichtung des Bundes aus der Übernahme der Vermögens- und Kreditgewinnabgabe bei der Stilllegung von Steinkohlebergwerken Zahlung von Vermögensabgabe auf Grund des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen bei der Stilllegung von Steinkohlebergwerken.

Einzelplan 10 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

10 01 539 99	50 000	15 506	Vermischte Verwaltungsausgaben Erfüllung von Schadenersatzforderungen im Zusammenhang mit den Schutzmaßnahmen für Maisimporte im Jahre 1963.
10 02 686 05	53 592 000	5 689 605	Beiträge an internationale Organisationen mit Sitz im Ausland Auswirkungen von Beitragsänderungen und Wechselkurssteigerungen, insbesondere beim US-Dollar.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

noch Einzelplan 10 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

10 02 656 53	258 000 000	17 700 980	Zuschüsse zur Gewährung einer Rente an Kleinlandwirte bei Landabgabe (Landabgaberente) Die Zahl der Berechtigten mit Ansprüchen auf Zahlung der Landabgaberente gemäß § 45 des Gesetzes über die Altershilfe für Landwirte war höher als erwartet. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 12. Dezember 1984 mitgeteilt worden.
10 02 656 55	981 000 000	28 548 377	Zuschüsse an die Träger der Krankenversicherung der Landwirte Unerwartete Kostensteigerungen für ärztliche Behandlung, Krankenhauspflege und Arzneien im Rahmen der Aufwendungen für die Altenteiler erforderten höhere Leistungen an die Träger der Krankenversicherung der Landwirte. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung. Sie ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 12. Dezember 1984 mitgeteilt worden.
10 07 526 01	30 000	89 618	Gerichts- und ähnliche Kosten Gerichtskosten, die vom Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft für Verwaltungsstreitverfahren vor dem Verwaltungsgericht in Frankfurt am Main zu zahlen waren.

Einzelplan 11 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

11 02 686 01	28 532 000	2 355 175	Beiträge an internationale Organisationen Auswirkung der Kurssteigerung des US-Dollars bei der Zahlung des Beitragsanteils an die Internationale Arbeitsorganisation.
11 11 682 01	132 000 000	18 972 111	Erstattung von Fahrgeldausfällen Die Mehrausgabe ist auf Mindereinnahmen beim Wertmarkenverkauf für die Inanspruchnahme der Berechtigung zur unentgeltlichen Beförderung und auf erhöhte Erstattungsleistungen wegen Zunahme der Zahl der Berechtigten (vor Einschränkung durch das Haushaltsbegleitgesetz 1984) zurückzuführen. Sie beruht auf gesetzlicher Verpflichtung. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 11. Dezember 1984 mitgeteilt worden.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

noch Einzelplan 11 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

11 12 apl. 683 41	—	17 179	Lohnkostenzuschüsse nach den Richtlinien des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung zur Gewährung von besonderen arbeitsmarktpolitischen Beschäftigungshilfen vom 16. Dezember 1974 Gewährung von Lohnkostenzuschüssen auf Grund eines vor dem Sozialgericht geschlossenen Vergleichs.
11 13 642 01	150 000 000	1 853 058	Erstattung von Zuschüssen der Länder zu den Beiträgen zur Rentenversicherung der in Werkstätten beschäftigten Behinderten Die Mehrausgabe ist darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Berechtigten durch die vermehrte Anerkennung von Behindertenwerkstätten stärker als erwartet gestiegen ist.
11 13 646 02	6 000 000	3 024 303	Erstattung der Aufwendungen für die Krankenhilfe an Heimkehrer und durch Gesetz gleichgestellte Personengruppen Die Zahl der Aussiedler bzw. der Übersiedler aus der DDR, die nach dem Gesetz über die Verwaltung der Mittel der Träger der Krankenversicherung in ihren Leistungsansprüchen bei Krankheits-, Geburts- und Todesfällen den Heimkehrern gleichgestellt sind, war höher als bei der Aufstellung des Haushaltsplans angenommen wurde. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.
11 13 656 03	8 415 000 000	200 000 000	Zuschuß des Bundes an die knappschaftliche Rentenversicherung Erhöhte Beitragserstattungen an ausländische Arbeitnehmer nach dem Rückkehrhilfegesetz sowie gestiegene Rentenleistungen durch die Rentenanpassungen und durch Nichtanrechnung von französischen Zusatzpensionen auf Fürsorgeleistungen. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 5. November 1984 mitgeteilt worden.
11 13 apl. 656 06	—	3 176	Zuschuß an die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung zu den Aufwendungen für die Familienhilfe nach der Reichsversicherungsordnung und dem Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte Erfüllung von Restansprüchen der Träger der Krankenversicherung, die erst 1984 auf Grund von Prüfungen der Vorprüfstelle des Bundesversicherungsamtes oder der Rechnungsprüfungsämter der Länder angemeldet wurden. Die Ausgaben beruhen auf bis Ende 1981 bestehender gesetzlicher Verpflichtung.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

noch Einzelplan 11 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

11 13 681 02	109 000 000	250 755	Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung für die Unternehmen des Bundes, die Bundesanstalt für Arbeit, die Leistungsempfänger der Bundesanstalt für Arbeit sowie für sonstige Unternehmen, für die der Bund Träger der Unfallversicherung ist Die Mehrausgabe ist auf einen erhöhten Bedarf bei den Rentenzahlungen zurückzuführen. Sie beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.
-----------------	-------------	---------	---

Einzelplan 12 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

12 02 532 12	110 000	7 840	Kosten des funkärztlichen Beratungsdienstes für die Seeschifffahrt und der Weitergabe von Seenotmeldungen Erhöhte Inanspruchnahme des funkärztlichen Beratungsdienstes und zunehmende Anzahl der am Meldesystem teilnehmenden Schiffe. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.
12 02 686 02	4 855 000	135 026	Beiträge an internationale Organisationen Auswirkung der Kurssteigerung des US-Dollars bei Beitragszahlungen, die auf internationaler vertraglicher Verpflichtung beruhen.
12 02 686 03	6 400 000	43 000	Beitrag zum Wetterschiffsystem im Nordatlantik (NAOS) Auswirkung der Kurssteigerung des Pfund-Sterling. Die Mehrausgabe beruht auf internationaler vertraglicher Verpflichtung zur Beitragszahlung.
12 03 749 08	115 000 000	8 760 000	Ausbau der Bundeswasserstraße Saar von Saarbrücken bis zur Mosel, 11. Teilbetrag Mehrausgabe wegen einer notwendigen Dammsicherungsmaßnahme an der DB-Strecke im Bereich der Staustufe Serrig und infolge vertraglicher Verpflichtungen bei begonnenen Baumaßnahmen.
12 10 546 12	28 000 000	64 596 478	Steuern aus Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen mbH (GfN) Die Mehrausgabe beruht auf Körperschaft- und Gewerbesteuerbescheiden des Finanzamts Bonn-Innenstadt. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 20. November 1984 mitgeteilt worden.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

noch Einzelplan 12 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

12 15 522 02	11 200 000	678 587	Kraftstrom und Betriebsstoffe Erhöhter Stromverbrauch durch notwendige Parallelläufe der Rechner im Datenverarbeitungszentrum auf dem Flughafen Frankfurt (wegen unvorhergesehener Verzögerungen in der Programmentwicklung) und beim Radarsimulator der FS-Schule München. Außerdem ergaben sich Mehrkosten durch Tarifierhöhungen für Strom.
-----------------	------------	---------	--

Einzelplan 14 — Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

14 02 526 01	6 000 000	1 312 139	Gerichts- und ähnliche Kosten Zunahme der Kosten wegen des verstärkten Abbaus von Rückständen an Kriegsdienstverweigerungsverfahren.
14 02 698 01	18 000 000	883 473	Abgeltung von Schadensersatzansprüchen Dritter, soweit es sich nicht um Ansprüche aus Übungsschäden handelt Die Leistungen zur Erfüllung von Schadensersatzansprüchen im Zusammenhang mit Unfällen und anderen Schäden waren höher, als bei Aufstellung des Haushaltsplans angenommen worden war.
14 02 apl. 980 03	—	5 000	Erfüllung der mit dem Vermächtnis von Frau Dr. Schlensker verbundenen Auflage Verwendung der dem Bund zugefallenen Hinterlassenschaft zugunsten der Ausbildung der Seekadetten der Bundesmarine.
14 08 553 01	9 000 000	473 027	Erhaltung des Sanitätsgeräts Steigender Erhaltungsaufwand für ältere Geräte der Sanitätseinrichtungen.
14 12 539 99	75 000	45 583	Vermischte Verwaltungsausgaben Erstattung zuviel erhobener Heiz- und Warmwasserkosten aus dem Abrechnungszeitraum 1982/83 in einer bundeseigenen Wohnsiedlung. Auf die Zahlungen bestand ein Rechtsanspruch.
14 12 698 02	6 000 000	1 070 519	Entschädigungen auf Grund des Fluglärmsgesetzes Die auf Grund von Kostenfestsetzungsverfahren der Landesbehörden zu leistenden Erstattungen nach dem Fluglärmsgesetz waren höher, als bei Haushaltsaufstellung erwartet wurde. Die Ausgaben beruhen auf gesetzlicher Verpflichtung.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
noch Einzelplan 14 — Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung			
14 18 532 02	3 400 000	299 933	Schiffahrts- und Hafengebühren sowie durch Ausschiffung im Ausland entstehende sächliche Ausgaben Höhere Ausgaben für Lots- und Befahrungsabgaben sowie für Hafengebühren wegen Zunahme der Schiffsbewegungen und gestiegener Wechselkurse.

Einzelplan 15 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

15 02 642 07	70 000 000	2 492 196	Ausgaben nach § 8 Abs. 2 des Unterhaltsvorschußgesetzes Mehrausgabe infolge Zunahme der Anträge von Leistungsberechtigten. Die Ausgaben beruhen auf gesetzlicher Verpflichtung.
15 02 686 81	47 607 000	4 473 575	Beitrag zur Weltgesundheitsorganisation Auswirkungen der Kurssteigerung des US-Dollars bei der Beitragszahlung an die WHO. Die Mehrausgabe beruht auf internationaler Verpflichtung.
15 02 686 85	1 891 000	202 909	Beitrag zu den Kosten der Internationalen Zentralstelle für Krebsforschung Auswirkungen der Kurssteigerung des US-Dollars bei der Beitragszahlung. Die Mehrausgabe beruht auf internationaler Verpflichtung.
15 04 526 01	—	2 226	Gerichts- und ähnliche Kosten Von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zu tragende Prozeßkosten in einem arbeitsgerichtlichen Verfahren.
15 07 526 02	15 000	11 932	Kosten für Sachverständige Verstärkte Inanspruchnahme von Sachverständigen durch die Bundesprüfstelle in Verfahren nach dem Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften.
15 08 671 32	8 800 000	606 985	Leistungen des Bundes nach Maßgabe des Arbeitsplatzschutzgesetzes Verstärkte Inanspruchnahme von Leistungen nach § 14 a Abs. 4 des Arbeitsplatzschutzgesetzes und Erhöhung der zu erstattenden Versicherungsbeiträge. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.

Kap. - Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
----------------	---	---	--------------------------------

Einzelplan 23 — Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

23 02 682 04	—	7 567 983	Von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht übernommene Ausgaben im Zusammenhang mit der gemeinschaftlichen Lieferung von Nahrungsmitteln Rückzahlung an die Gemeinschaft auf Grund einer Forderung der EG-Kommission.
23 02 686 08	28 400 000	13 420 440	Förderung von Ernährungssicherungsprogrammen in Entwicklungsländern Zusätzliche Lieferung von Speiseöl, Hülsenfrüchten und Zucker (incl. Transport) zur Linderung der katastrophalen Ernährungslage in Äthiopien, im Sudan und in anderen afrikanischen Ländern. Die Mehrausgaben betrafen Maßnahmen zugunsten verschiedener Empfängerländer von jeweils weniger als 10 Mio. DM im Einzelfall.
23 02 686 24	135 000 000	15 084 645	Förderung von Ernährungssicherungsprogrammen in Entwicklungsländern im Rahmen des Nahrungsmittelhilfeübereinkommens Zusätzliche Lieferung von rd. 30 000 t Getreide (incl. Transport) zur Bekämpfung der Hungerkatastrophe in Äthiopien, im Sudan und in anderen afrikanischen Ländern. Die Mehrausgaben betrafen Maßnahmen zugunsten verschiedener Empfängerländer von jeweils weniger als 10 Mio. DM im Einzelfall.
23 02 836 01	66 380 000	16 178 204	Erhöhung des Kapitalanteils der Bundesrepublik Deutschland an der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) Einlösung der letzten fälligen Rate aus einem von der Bundesrepublik Deutschland 1978 gezeichneten Schuldschein. Die Mehrausgabe beruht auf rechtlicher Verpflichtung. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 10. Dezember 1984 mitgeteilt worden.
23 02 836 05	31 890 000	2 707 018	Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am Kapital und am Sonderfonds der Interamerikanischen Entwicklungsbank Auswirkung der Kurssteigerung des US-Dollars bei den Zahlungen zur Kapitalerhöhung und zur Aufstockung des Sonderfonds.
23 02 896 04	196 000 000	6 200 000	Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der Kirchen in Entwicklungsländern Sofortmaßnahmen (Beschaffung von Fahrzeugen für Lebensmitteltransporte) zur nachhaltigen Behebung von Notsituationen auf Grund der Hungerkatastrophe in Äthiopien.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

Einzelplan 27 — Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

27 01	5 000	14 910	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen
527 02			Notwendige Auslandsdienstreisen insbesondere im Zusammen- hang mit humanitären Bemühungen.

Einzelplan 30 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

30 01	770 000	28 905	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen
527 02			Mehrausgabe infolge kurzfristig notwendiger Auslandsdienst- reisen zur Teilnahme an internationalen Konferenzen und bila- teralen Verhandlungen.
30 05	325 357 000	3 545 727	Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH (KfK) — Betrieb —
685 50			Kosten wegen vorzeitiger Stilllegung des Mehrzweckfor- schungsreaktors des Kernforschungszentrums Karlsruhe, die der Bund auf Grund seiner Kostentragungspflicht zu überneh- men hat.
30 08	100 300 000	6 853 571	Investitionszuschüsse zur Förderung der extraterrestrischen Grundlagenforschung
893 20			Notwendige Beschleunigung am Grundlagenforschungsprojekt „Röntgensatellit“ zur Einhaltung der internationalen Vereinba- rungen und des Starttermins in 1987.

Einzelplan 31 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

31 01	—	4 163	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten
apl. 711 01			Notwendige bauliche Sicherungsmaßnahmen.

Einzelplan 36 — Zivile Verteidigung

36 04	465 000	2 471 810	Bundesamt für Zivilschutz
811 43			Erwerb von Luftfahrzeugen
			Ersatzbeschaffung von Triebwerken zur Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft der Katastrophenschutz-Hubschrauber für den Rettungsdienst.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

Einzelplan 60 — Allgemeine Finanzverwaltung

60 04 671 04	47 700 000	246 128	Übernahme von Kosten der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Zusammenhang mit der Gewährung eines Finanzkredits an die Bank Handlowy w Warszawie S. A. Auswirkungen des Zinsanstiegs für einen Teil der erforderlichen Refinanzierungsmittel. Die Mehrausgabe beruht auf vertraglicher Verpflichtung.
60 04 698 01	1 200 000 000	249 091 932	Zahlungen nach dem Spar-Prämiengesetz Mehrbedarf zur Zahlung fälliger Sparprämien und Prämienzin- sen nach dem Spar-Prämiengesetz. Die Mehrausgabe beruht auf gesetzlicher Verpflichtung. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 22. Februar 1985 mitge- teilt worden.